

Bezugspreis:

Wochensatz 1,20 RM, monatlich 5,20 RM, ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt u. Zeit' erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Verlagsadresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 5. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Einnütigkeit.

Die Liste der von der Entente geforderten Personen, die heute morgen veröffentlicht wurde, hat in ungezählten Familien Beunruhigung hervorgerufen.

So muß diese unvollkommene Liste Unruhe tragen nicht nur unter die Schuldbewußten, sondern auch unter diejenigen, die befürchten, daß sie durch irgendeine solche Denunziation auf sie gekommen sind.

Es braucht nicht hervorgehoben zu werden, daß die Haltung der Berliner Morgenpresse von heute in der Kernfrage durchaus einseitig ist.

Es muß immer wieder gesagt werden, daß es sich um eine tatsächliche Frage handelt, gegen die kein Wille aufkommen kann und die auch durch die leidenschaftliche Kritik, die von einem Teil der Auslandspresse zu erwarten ist, nicht beeinflusst werden kann.

Wir gehen ernstlichen entgegen, daran ist gar kein Zweifel. Die Gegenseite hat sich so festgerannt, daß ein Ausweg schwer zu finden sein wird.

Eine gewisse Ueberraschung hat es bereitet, daß sich neben Frankreich und England auch andere Staaten an der Aufstellung der Auslieferungsliste beteiligt haben.

In der Pariser Völkerverkonferenz sitzen gewiß viel Auge Leute und gewiß nicht lauter Eisenfresser. Ihre Lage ist, wie man in Deutschland zugeben und einsehen muß, auch nicht leicht, da sie von nationalistischen Strömungen gedrängt werden und das Argument, Deutschland habe unterschrieben, also müsse es auch erfüllen, für Leute, die nicht weiter über die Folgen nachdenken, eine gewisse Durchschlagkraft besitzt.

Die Regierung gegen Lersner.

Dr. Mayer reist nach Paris.

Wie wir erfahren, mißbilligt die Regierung das Verhalten des Herrn v. Lersner, der die Annahme der Note zurückwies, auf das Entschiedenste.

Herr v. Lersner hat zwar vor einiger Zeit gesprächsweise geäußert, daß er die Note nicht entgegennehmen würde. Daran ist ihm aber durch den Minister des Auswärtigen, Genossen Müller, die ausdrückliche Anweisung gegeben worden, die Note ohne Aeußerung in Empfang zu nehmen.

Der Gesandte Dr. Mayer-Kaufbeuren trifft heute im Laufe des Tages in Berlin ein und wird voraussichtlich noch heute abend nach Paris abfahren, wo wir kurzzeitig ohne ausreichende Vertretung sind.

Lersners Schreiben an Millerand.

Die englischen Zeitungen veröffentlichen den Text des Schreibens des Reicherrn v. Lersner an den Präsidenten der Friedenskonferenz Millerand. Es lautet:

Paris, 3. Februar 1920.

Herr Präsident!

Eure Excellenz haben mir heute abend eine Note übermittelt, die die Namen der Deutschen enthält, deren Auslieferung die alliierten und assoziierten Mächte verlangen.

Ich rufe Eure Excellenz die Erklärungen, die ich beständig wiederholt habe, in Erinnerung: Man wird keinen deutschen Beamten finden, der sich dazu hergeben würde, in irgendeiner Weise zur Ausführung der Auslieferungsbegehren beizutragen.

Es läme einer Beschlüßung gleich, wenn ich die Note Eure Excellenz der deutschen Regierung übermitteln würde, und ich würde sie Ihnen beigeschlossen zurück. Ich habe meine Regierung mitgeteilt, daß ich meine Funktionen nicht mehr weiter ausüben kann und Paris mit dem nächsten Zug verlassen werde.

Reicherrn von Lersner hat Paris am Mittwoch abend um 10 Uhr verlassen.

Zu der Weigerung Lersners, die Liste der deutschen Schuldigen an die deutsche Regierung zu übermitteln, schreibt 'L'Echo', es sei sehr gut möglich, daß man am Vorabend einer sehr ernstlichen Krise in der Durchführung des Friedensvertrags stehe.

Der 'Nieuwe Rotterdamse Courant' ist der Ansicht, daß Lersner das Dokument bereitwillig sand, daß er sich mit seiner Uebereinstimmung nicht belasten wollte.

'Allgemeines Handelsblatt' schreibt: Das Vorgehen Lersners gebe einen Vorgeschmack davon, vor welcher Schwierigkeit sich die deutsche Regierung durch die Auslieferungsfrage, die die schwierigste von allen unangenehmen Fragen, die sie bisher zu lösen hatte, zu werden droht, gestellt sehen wird.

Kundgebung der Preussischen Landesversammlung.

Der Vorkonferenzrat der Preussischen Landesversammlung hat beschlossen, den Beginn der Donnerstagssitzung um eine Stunde zu verschieben.

Der Inhalt der Erklärung ist folgender: Die Landesversammlung hält in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung die Durchführung der Auslieferungsliste für unmöglich, weil kein Deutscher sich herbeilassen würde, der Entente Handlangerdienste zu leisten.

Berufung der Fraktionsvorstände.

Die Regierung hat die Vorsitzenden der Fraktionen der Nationalversammlung zum Sonnabend zusammenerufen, um mit ihnen zu besprechen, ob und wann die Nationalversammlung zusammentreten soll, um zu der Auslieferungsfrage Stellung zu nehmen.

Der Standpunkt der Regierung.

Vor Vertretern der Presse gab heute ein Mitglied der Reichsregierung folgendes Bild der Situation in der Auslieferungsfrage: Wir befinden uns in einer ähnlich schweren Situation wie im Juni 1918. Unser damaliger Versuch, die sogenannte Ehrenkassette abzuschließen, blieb erfolglos.

Unter dem Druck dieser Drohung haben wir den Vertrag ohne Aenderung angenommen. Nicht aus Mangel an Nationalgefühl, sondern um Schwerkere zu verhindern, denn es war uns bekannt, daß Frankreichs heißester Wunsch dahin ging, in Deutschland einzumarschieren.

Inzwischen haben wir fortwährend versucht, die Liste der Angeklagten zu erhalten, um sie hier zur Rechenschaft ziehen zu können. Die Regierung hat in dieser Beziehung nichts unversucht gelassen.

Wir sind der Ansicht, daß die Entente die Unterzeichnung der Ehrenkassette nur unter Zwang erfolgt ist, daß wir sie aber als unerfüllbar ansehen. Das Angebot einer Befreiung der Beschuldigten durch uns ist aber nicht statt abgelehnt worden.

wurden, auch im November, als von unserer Seite das Angebot erfolgte, daß eine Mitwirkung der Entente bei der Aburteilung der Schuldigen vorlag. Heute ist die Situation wohl gegen Juni 1919 mehr entgittert, die Sehnsucht nach einem wirklichen Friedenszustand ist allgemein, und auch in den Ententeländern setzt sich die Ueberzeugung durch, daß nur durch vernünftige Zusammenarbeit

aller Länder die allgemeine wirtschaftliche Anstrophe vermieden werden kann. Dennoch ist Grund genug zur Besorgnis vorhanden.

Was die Entente nun wird, wissen wir nicht. Daß die Konzeptionen für uns schwer sein können, ist uns bekannt, aktiven Widerstand zu leisten, steht weder in unserer Macht noch in unserer Pflicht. Aber die Regierung ist einmütig der Ansicht, daß die Durchführung der Auslieferung

ein Ding der Unmöglichkeit

ist, und daß keine Regierung, aus welchen Parteien und Personen auch immer zusammengesetzt, sie gegen den Widerstand der gesamten öffentlichen Meinung durchsetzen könnte. Es fehlen einfach die Machtmittel hierzu.

Die Regierung wird in diesem Sinne nochmals bei der Entente nachsichtig werden. Sie beharrt auf ihrem Standpunkt in der Note vom 25. Januar. Jedes provokatorische Auftreten liegt der Regierung fern, aus diesem Grunde bedauert sie die Haltung des Herrn von Herzner, der verpflichtet gewesen wäre, die Note weiterzuleiten und das Wohl des Volkes über seinen persönlichen Ehrgeiz zu stellen. Der Redner teilte dann die bevorstehende Abreise des Gesandten Dr. Mayer mit, worüber wir an anderer Stelle berichten.

Zum Schluß verachtete er sich gegen die Unterstellung, daß die Regierung sich von persönlichen Gesichtspunkten leiten ließe. Keine persönlichen Sorgen leiten die Regierung, sie gern jeden Tag ihr schweres und dornenvolles Amt in andere Hände legen würde, sondern die Sorge um das gesamte Volk.

Französisches Kammerecho.

Mittwoch nachmittag beschäftigte man sich in den Wandlungen der Kammer lebhaft mit der durch die unerwartete Abreise des Herrn v. Herzner geschaffenen Lücke. Aus einer Erklärung Millierens einigen Parlamentariern gegenüber geht hervor, daß dieser Akt nur als eine aus eigenem Antrieb erfolgte Manifestation der Beamten ausgelegt werden muß, die aber die von den Militärs verfolgte Aktion nicht zu unterbrechen imstande ist.

Das Schreiben, dessen Übermittlung an die Regierung Herr v. Herzner verweigert habe, werde daher mit einer Liste der Schuldigen in Berlin übergeben werden.

Troelstra über die Auslieferungsfrage.

Nach einer Weidung des Holländisch Neuwahlbureau hielt der holländische Sozialistenführer Troelstra in Amsterdam eine bemerkenswerte Rede, in der er u. a. ausführte. Er handelte sich nicht um die Frage, wer den Krieg veranlaßt habe, sondern wer für diesen Frieden verantwortlich sei. Er habe nichts dagegen, wenn Holland auf das traditionelle Asylrecht hinsichtlich des Schiffsverkehrs, denn er sträubte sich dagegen, daß Holland wegen eines solchen Mannes in Schwierigkeiten geraten sollte. Wenn aber Wilhelm II. ins Loch gestürzt werde, dann gehörten auch Lloyd George und Clemenceau hinter das Gitter und Wilson könnte als Gefängnisgefangener seine Kollegen trösten. Ueber die Zukunft der Sozialdemokratie führte Troelstra aus, daß man die Wahl zwischen der Internationale von Bern und der Internationale von Brüssel habe, d. h. zwischen der Diktatur des Proletariats und dem Rätesystem auf der einen und der Sozialdemokratie auf der anderen Seite. Die Arbeiterpartei und die russischen Sowjets seien die zwei Köpfe der Arbeiterbewegung und dazwischen würde sich die wirkliche Internationale entwickeln.

Verlangt die Entente Leichname?

Auf der Auslieferungsliste befinden sich, wie die „W. Z.“ feststellt, eine Reihe bereits verstorbenen Personen. So werden z. B. zur Auslieferung verlangt General Fröh von Below, der Graf Haefeler, der Admiral von Zugenoh, alles Persönlichkeiten, deren Tod eigentlich der Entente bereits bekannt geworden sein könnte.

Zurück zur Natur.

Von Fridtjof Nansen.

Wie schön der Schnee ist! Schau, wie fein und leicht er draußen zerbröckelt, wie weich die Dede liegt über Hüden, Steinen, und Rasenbügeln und über niedergebogenen Bäumen, über dem Eis auf dem See und den alten Schneehaufen in der Richtung, aus der ich gekommen war. Alles ist leicht und bebüttem mit dem reinen Teppich ausgedehnt. Und der Lärm der Welt liegt unendlich weit weg, er ist abgeschaltet — hier wird jeder Laut gedämpft. Der Lärm und die Hälbe haben sich und weiß im Sonntagstaat, und der Kettelschüssel dort draußen verschwindet ganz im Schneegeriesel.

Die Eisfläche leuchtet in hellem Blau im Sonnenschein, der auch durch mein Fenster hereindringt und es auch hier unter der Staubende licht und leicht und hoch macht. Und die Sonne steht dort oben in der tiefblauen Schneeglorie.

Drinnen und draußen herrscht feierlicher Sonntagfriede, trotzdem es Montag ist. Ja, wunderbar: es ist Montag, und dort unten auf Holmenfallen bei Kristiania ist Samstagabend; da gibt's Tausende von Menschen, Pferde und Schritten und Bankreihen, und Karussells und Gelächter.

Ja gewiß, es ist Leben und Frische, ein Bild von Sommer, von Winter und nordischer Jugend! Und was hat es nicht unserm Volke gegeben! Man denke nur einige Jahre zurück, was die Jugend damals getrieben, und wie tot es damals im Winter rings um die Städte und in den Tälern war; kaum eine Schneehaube in dem tiefen Schnee zu sehen. Und jetzt? — Wenn nur nicht jodelnd „Sport“ dabei wäre, „Reise“ und all das Unwesen, das, wie die Fremdwörter selber, aus der Fremde eingeführt ist — das verdrängt die Sonne.

Ja, das Leben! Was haben wir daraus gemacht? Eine endlose Reihe von Trivialitäten und Kleinlichkeiten! —

Und was haben wir uns gewünscht? Das Dasein einfacher zu gestalten, damit wir das schaffen können, was wir eigentlich wollen, und daß die Kräfte nicht unterwegs von allerbarmen Kleinlichkeiten aufgebraucht werden, von all dem, was wir nicht wollen. Solle Entfaltung unserer Kräfte, unserer Persönlichkeit, unserer innersten Wesens — das, was wohl die Bedingung für alles echte Lebensglück ist.

Wie weit sind wir gekommen? Es geht den verführten Weg. Nach die Schleppe länger, und du machst die Schlingen fester, heißt es. Aber ist es nicht gerade die Schleppe, an der wir arbeiten? Jede neue Verbindung kann wohl Erleichterung geben, vermehrt aber die Bedürfnisse und drückt uns fester an Kleinlichkeiten. Das Leben wird immer verwickelter.

Som Zeit und dem Raumknoten sind wir weit abgekommen! Und die Schlingen?

Die materielle Kultivierung hat in der lärmenden Gesellschaft Europas die Herrschaft. Und die geistige Entwicklung — wer fragt noch ihr? Neuheter Eurus, materielles Wohlfinden sind,

Die Politik der Tschechoslowakei.

In der letzten Sitzung des auswärtigen Ausschusses in Prag hielt der Minister des Neuern Dr. Benesch eine Rede, in der er zu den europäischen Problemen grundsätzliche Stellung nahm. Er begann mit einer ausführlichen Darstellung der russischen Politik des tschechoslowakischen Ministeriums des Neuern. Der Friede von Brest-Litowsk habe bei den Alliierten einen heftigen Widerstand gegen das heutige Rußland und also gegen den Bolschewismus hervorgerufen. Man sei hierdurch zum Prinzip einer Interventionspolitik in Rußland gekommen. Der Minister fuhr fort:

Der Augenblick des Waffenstillstandes wendete die Aufmerksamkeit ganz Europas von den militärischen Fragen auf die wirtschaftlichen. Die Bolschewisten begannen durch ihre Propaganda eine Gefahr für die übrigen europäischen Staaten zu werden. Da trat im Westen die Idee der Intervention in ihre zweite Phase ein. Man befürchtete nicht nur die soziale Revolution, sondern auch die Gefahr einer Reaktion in Deutschland und anderswo. Jetzt handelt es sich darum, die soziale Anarchie, die von Rußland drohte, zu beseitigen und eine Orientierung Rußlands in der Richtung der künftigen deutschen Politik zu verhindern. Es ist heute niemandem ein Geheimnis mehr, daß jede Intervention in Rußland Hunderttausende Soldaten und ein Milliarden-Budget verlangt.

Wie bekannt, mußte sich unsere Armee wider ihren Willen und wider den Willen ihrer Führer an dem Kampfe gegen die Bolschewisten in der ersten Phase der Aktionspolitik beteiligen. Grundsätzlich aber mußte überall die einzig richtige Politik der tschechischen Armee in Rußland die sein, sich nicht in die innerpolitischen Verhältnisse Rußlands einzumischen. Wenn die Alliierten heute die wirtschaftlichen Beziehungen zu dem russischen Volke aufnehmen, so bedeutet das, daß sie von der Interventionspolitik ablassen.

Weiter wies der Minister darauf hin, daß man heute von einem Kampf des Germanentums gegen das Slawentum spreche, ein schicksalsschweres Wort, das vor dem Kriege Bethmann Hollweg ausgesprochen habe. Die Lösung dieses Problems enthalte gleichzeitig die Lösung des Problems, das zwischen der Tschechoslowakei und den Deutschen in Böhmen bestehe. Man dürfe keine Politik der Romantik und der Sentimentalität treiben, die nur zu einer Verwirrung beitragen könne. Die slawische Politik werde weiter auf der Verständigung mit den slawischen Völkern beruhen, womit die Politik der Tschechoslowakei in Mitteleuropa eng zusammenhänge, solange rings herum das Chaos herrsche.

Die Rumänen verlassen Ungarn.

Die rumänische Regierung hat den Befehl zum Rückzug der Besatzungstruppen aus Ungarn gegeben.

Verfassungskonflikt in Bayern?

München, 5. Februar. Zwischen der bayerischen Regierung und dem Landtage droht ein Verfassungskonflikt, weil im Verfassungskonflikt des Landtags gestern beschlossen wurde, daß alle bisherigen Zulagen für die Weisklöcher auf die allgemeine Staatskasse übernommen werden sollen. Der Ministerpräsident erklärte darauf, daß ein Verfassungskonflikt drohe, und daß er sich genötigt sehe, dem Ministerrat hierüber Bericht zu erstatten.

Bauernbund und Zentrum.

Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei erklärt offiziell, daß das Bauerneinigungsprogramm nicht enthalte, was den programmatischen Zielen der Bayerischen Volkspartei widerspreche. Solange die Verhandlungen zwischen den beiden bayerischen Ständeororganisationen noch im Gange sind, bestehe für die Bayerische Volkspartei keine Veranlassung, bindende Beschlüsse zu fassen.

kleint es, Lösung und Ziel geworden, und für wie viele wiagt das nicht schwerer als manche gelähmten Werte?

Ein Beispiel! Wenn ich zu einem Freunde komme, und er bittet mich, zum Abend zu bleiben, damit wir miteinander plaudern können, und er setzt mir dann nur seine gewohnte Kasergrube vor, mühte ich mich da nicht wecheln? Denn er setzt voraus, daß ich, wie er, das als eine Lebensfrage im Leben ansehe, und daß es Geist und Begabung sind, mit denen zusammen zu sein schon ein Fest ist. Aber ob nicht manche es als eine Beleidigung auffassen würden, daß man nicht mehr Staat mit ihnen macht?

Wer hat den Willen und den Mut, einfach zu sein, wenn es nicht gerade Mode ist?

Mode! Man denke: eine „Kultur“, die Moden hat, den Stempel der Unselbständigkeit, der verwandten Persönlichkeit! Wende nicht ein, daß nur Frauen und närrische Mannsleute der Mode nachlaufen. O nein, nicht nur in Kleidern, Essen, Trinken und dergleichen haben wir Moden. Sie herrschen auch in der Kunst, in der Literatur, in der Wissenschaft, ja in unsern Meinungen, in unserer „Ueberzeugung“.

Und es wird immer schlimmer. Mit den immer schneller werdenden Verkehrsmitteln nimmt das Tempo unheimlich zu. Früher brauchte eine neue Mode Jahre, um zu uns zu gelangen. Jetzt braucht sie ebenso viele Tage oder Stunden; — und unaufhörlich wechselt sie.

In dieser lärmenden Hektik hat man keine Zeit, seine eigene Meinung zu finden; so kehrt man hinter denjenigen der letzten Mode her. Man darf doch nicht etwa einbedeut werden, wie man das mit einem Gut oder einer Ansicht oder einer Meinung oder einem Unterred, die schon allmählich geworden; sind!

Unser ganzes Leben ist darauf eingerichtet, auf andere zu wirken; es ist nicht so eingerichtet, wie wir es selber wünschen könnten, sondern so, wie die anderen, der Dause, es will. So mögen wir, so leiden wir uns, so speisen wir, so schlafen wir, so arbeiten wir, so denken wir, ja — so lieben wir auch.

Wann kommt das neue Gedicht, das all diese Zeitvergeudung abschüttelt, das sein ganzes Leben lebt, es selbst ist, freie Männer und Frauen, das das Kleine klein sein läßt und die Schwärze und Harmonie im Leben gründet?

Wie soll das enden? Ohne Ruhe zur Verarbeitung der neuen Eindrücke, ohne Selbstverleugung kann sich wohl kein Mensch entwickeln. Aber wann findet man dazu die Ruhe in der modernen Gesellschaft?

Wir leben, wie Börsen unendlich viel mehr, aber wir lernen weniger. Das muß mit logischer Notwendigkeit zur Oberflächlichkeit führen; es wird unmöglich, in die Tiefe zu gehen. Das gibt Mangel an Originalität, Mangel an Persönlichkeit.

Und das Hebel wächst, es wächst in geometrischer Progression. Wo soll das enden?

Rouffant, da bist heute nötiger denn je zuvor! Damals war nur eine kleine Oberflächigkeit auf Abwege geraten, jetzt ist das ganze Leben der Gesellschaft so geworden, daß es mit Eisenbahngeschwindigkeit den verkehrten Weg einschlagen muß.

Misthaufenführer und Konterrevolutionär.

Anerkannte Revolutionäre sind bekanntlich in Deutschland nicht vorhanden. Dreifach einmal ganz radikal zusammen, so ist 10 gegen 1 zu weiten, daß der eine den anderen für einen „Kleinbürgerlichen Ideologen“ und „verräterischen Gegenrevolutionär“ erklärt. Ein höchstes Beispiel dafür liefert die kommunistische „Misthaufenführer“ mit einem Artikel ihrer letzten Januarnummer, der überschrieben ist: „Der Kampf um die Betriebsräte“.

Gründlich werden darin nach dem üblichen kommunistischen Schema die gewöhnlichen Vorwürfe gegen unsere Partei erhoben.

Selbstverständlich wird auch das Betriebsrätegesetz als Ausbund der Schlechtigkeit hingestellt und demgegenüber das „revolutionäre Rätesystem“ als das Allheilmittel für die Arbeiterschaft gefeiert. Der Artikel geht aber auch mit den unabhängigen sehr streng ins Gericht und widmet insbesondere dem großen Strategen des unabhängigen Berliner Volksgenossen, dem großen Zeichenmüller, einige recht „duftige“ Liebenswürdigkeiten. Dem „Kochgeschwür“ wird vorgeworfen, daß der von ihm propagierte systematische Aufbau des Rätegedankens ein systematischer Abbau der Revolution sei. Auch folgende Bemerkung muß Zeichenmüller noch einfließen:

„Er hat ja seit dem 9. November 1918 so gründlich systematisch „aufgebaut“, daß von der Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte und des Volksgenossen nichts übrig geblieben ist als ein Stück Papier mit graphischen Abbildungen des „Systems“. Ein typischer Konterrevolutionär wie er im Buche steht, eine deutsche Patentmarke.“

Nachdem dann in recht bitteren Worten Richard Müller dargelegt wird, die Kommunisten aus dem Volksgenossen hinausgedrängt zu haben, heißt es weiter, damit habe er die „Vollversammlung zum Misthaufen gemacht“.

„Ueber Kraft, noch Autokratie, noch Aktionsfähigkeit, noch Geist und kein Tröpfchen von politischem Verstand ist geblieben, nur oben der Misthaufenführer Richard Müller.“

Der Anblick eines Geschloffenen erweckt Mitleid, deshalb wollen wir uns jeden Kommentars enthalten und uns begnügen, dem Opfer dieser radikalen „Eintracht“ unser Beileid auszusprechen.

Kleine politische Nachrichten.

Kommunistenverhaftungen in Dresden. In den letzten Tagen sind in Dresden zahlreiche Kommunisten verhaftet worden, unter ihnen auch der bekannte Kommunistenführer Frenzel.

Koch bleibt im Amt. Wie aus Paris gemeldet wird, wird Marschall Koch auch weiterhin seine internationalen Funktionen beibehalten und der technische Berater der Alliierten bleiben.

Das Defizit bei den Staatsbahnen. Im bayerischen Landtag teilte Verkehrsminister v. Frauenhofer mit, daß die bayerischen Eisenbahnen für 1919 mit einem Verlust von 600 000 000 Mark abzuheben. Er wies dabei auf die preussischen Eisenbahnen hin, die für 1919 ein Defizit von 8 Milliarden Mark aufweisen.

Prozeß Erzberger-Helfferich.

B. S. Kurz vor 10 Uhr eröffnete Landgerichtsdirektor Dr. Baumbach die Donnerstagsverhandlung, für den heute zu verhandelnden

Fall Dombrowski

sind als Zeugen geladen: Redakteur Erich Dombrowski vom „Berliner Tageblatt“, Dr. Driesen und Geheimrat Hammer vom Reichsfinanzministerium. Es gelangt darauf der im „Berliner Tageblatt“ am 31. Juli vorigen Jahres unter der Überschrift „Eine eigenartige Finanzaktion zum Kampf Erzbergers gegen Helfferich“ zur Besetzung. In diesem Artikel wird Herrn Helfferich vorgeworfen, daß unter seiner Mitwirkung der Deutsch-Südwestafrikanischen Bank, einer Tochtergesellschaft der Deutschen Bank,

eine erhebliche Banknotenzirkulation

gewährt worden sei, ohne daß seitens der Bank eine Garantie geleistet worden wäre. Der Vertrag hätte später unter hohen Kosten für das Reich abgelöst werden müssen.

Helfferich: Der Artikel war unterzeichnet E. D., also von Herrn Erich Dombrowski verfaßt, der zu Erzberger und dessen

Ein größerer Geist muß kommen, der den Zug umlenkt und höher hinauf, zur Vereinfachung, führt. Kommt er nicht, dann gehen die Menschen zugrunde!

Kas Nansen „Freiwilligen“, das stehen im Verlag von Brockhaus in Leipzig erscheint. (Preis 7 M., geb. 9 M.). Der Mann der Tat, der jeden Angriff, der Sieger über die leiblichen Gewalten des Volkes, weiß und in seinen kritischen Schilderungen und fernsichtigen Wertungen den Weg zu einsehen, naturgemäßen Leben. In einem besonderen Vorwort an die deutschen Leser umschließt er seine Anschauung von der Geistesarbeit der „Kultur“, die durch den Krieg grauenvolle Behinderung erfährt, programmatisch.

Punkt der Wats? Angebliche funkentelegraphische Signale, die sowohl in London wie New York einliefen und nach ihrer Herkunft nicht ermittelt werden konnten, haben in der englischen und amerikanischen Presse zu allerlei phantastischen Erklärungen Veranlassung gegeben. Selbstverständlich mußte der Mars wieder herhalten. Schon wurde von Heiden gefabelt, die der Mars und sendet, und Narzoni-Begruis angriffen. Narzoni hat aber alsbald den Eifer gedämpft und erklärt, daß es sich wahrscheinlich wie schon früher um elektrische Störungen handle, die vielleicht von der Sonne ausgehen. Nach anderen Forschern werden solche zunächst rätselhaften Signale von dynamisierenden elektrischen Strömungen unserer Atmosphäre hervorgerufen, die freilich wieder wie die Polarlichter mit den Vorübergehenden der Sonne in Verbindung stehen.

So einleuchtend diese Darlegungen sind — der Menschenfreund, der an der irdischen Weisheit verzweifeln muß, würde lieber Wissenschaften vom Mars empfangen. Mit Arnd Rastowitz, der Wissenschaft und Phantasie in dem besten deutschen utopischen Roman („Auf zwei Planeten“) spielen läßt, möchte er glauben, daß dieser Planet eine höhere Entwicklungsstufe als die Erde einnimmt und bereit ist, sie an seinen Errungenschaften teilnehmen zu lassen. Wenn ja — so wäre es jeh, die denkbar beste Gelegenheit für die Marsbewohner, und ihre Hebelwirkung zu zeigen. Unser Planet wird nicht mehr Herr seines Schicksals. Die 14 Punkte sind zur Chimäre geworden. Imperialismus und Kapitalismus gekämpft alle Anlässe höherer Kulturformen. Aber unbeantwortet verbleibt unser Hilferuf im leeren Weltensraum. Kein lieber Gott und kein Mars kann uns helfen, wenn unser Bestreben nicht selber sich das Signal zur Vernunft geben wird.

Theater. In den Kammertribunalen geben am Freitag und Samstag „Die deutschen Reichsküder“ in Szene. — Das Leistungstheater bereitet eine Neuinszenierung von Georg Büchners „Woyzeck“ vor. Die Uraufführung von Vera Komblow, „Die Publika“ ist für den gleichen Abend angelegt.

Zur Abwehr der Theaterkassale hat Minister Peine eine Ueberordnung des Gesellschafts, der um Schutz der Kunst interessiert, die Klärung der Verhältnisse in Aussicht. Besondere Vollziehungsstellen sollen mit der Verwaltung der Theater betraut werden, die beschlagnahmten Sitzungen energisch entgegenzusetzen werden.

Prof. Hermann Jansen, der bekannte Berliner Altphilologe, ist vom Unterrichtsminister als ordentlichem Honorarprofessor für neuzeitlichen Gebäudbau an die Technische Hochschule Charlottenburg berufen worden.

Kreuzen in nächster Erklärung steht. Der Artikel wurde in der übrigen Presse, soweit sie Herrn Erzberger wohlwollend und mit feindseligem Gehalt war, abgedruckt und mit den entsprechenden Kommentaren versehen. Ich habe noch an demselben Tage dem „Berliner Tageblatt“ eine Verichtigung zu diesem Artikel zugesandt, in dem ich ausführte, daß das Reich sich den allseitigen Einfluß auf die Post geschuldet habe, daß die Roten- und die Posten des eingezahlten Grundkapitals nicht übersteige, daß die Höhe des Roten- und der Posten nach dem Reichsanlagegesetz geregelt sei. Am Schlusse meiner Verichtigung sagte ich: Ich heiße nicht Erzberger, ich lasse den Artikel als eine Verleumdung auf und habe meinem Anwalt Dr. Hübner die Sache übergeben.

Das „Berliner Tageblatt“ brachte die Verichtigung, ohne den letzten Satz und ohne ein Wort des Bedauerns. Daraufhin habe ich die Privatklage erhoben. Am 9. August erschien darauf von der Redaktion von amtlicher Stelle ein Dementi, in dem der Artikel des „Berliner Tageblatt“ mit denselben Ausführungen berichtet wurde, wie ich sie dem „Berliner Tageblatt“ bereits berichtet hatte. Die „Kreuz-Zeitung“ schrieb, man müsse annehmen, die Seite, von der Dombrowski das Material erhalten habe, wäre identisch mit der Persönlichkeit, die Dombrowski die Weimarer Rede des Reichstags anzuweisen schon vorher zur Verfügung stellte. Herr Erzberger brachte ein Dementi in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, in dem er unter Hinweis auf die in mehreren Blättern unter der Spitzmarke „Vorkriegsgericht“ zum Prozeß Erzberger-Heffrich erschienenen Artikel betonte, daß er weder von dem Inhalt des Materials Kenntnis gehabt habe, noch Herrn Dombrowski direkt oder indirekt unterrichtet habe.

Es folgt nun die Vernehmung des politischen Redakteurs des „Berliner Tageblatt“, Herrn Erich Dombrowski. Dombrowski erklärt zunächst, daß er, um

das Redaktionsgeheimnis

nicht zu verheimlichen, die Namen der in Frage kommenden Personen nicht nennen könne. Weiterhin betont er, daß er Heffrich persönlich nicht kenne und daß daher bei der seinerzeit im „Berliner Tageblatt“ erschienenen Notiz persönliche Gründe eine Rolle nicht gespielt hätten. Der Zeuge erklärt dann weiter, daß er Herrn Heffrich seit Beginn seiner politischen Tätigkeit scharf bekämpft habe. Am 9. Juli griff Herr Heffrich in der „Kreuz-Zeitung“ das „Berliner Tageblatt“ wegen der Hin- und Herbewegung Erzbergers an und behauptete, das „Berliner Tageblatt“ jauge ob dieser Rede Beifall. Herr Heffrich kritisierte es scharf, daß das „Berliner Tageblatt“ vor allen Zeitungen in der Lage war, die große Rede Erzbergers noch am selben Abend zu bringen. Wenn Herr Heffrich in seinem Artikel in der „Kreuz-Zeitung“ behauptet, daß das „Berliner Tageblatt“ der Rede Erzbergers „Beifall geschenkt“ habe, so muß ich darauf hinweisen, daß ein darauf bezüglicher Artikel

ironisch und kritisch gehalten

war. Ich habe die Rede Erzbergers vom Pressescheff des Ministers erhalten, ebenso auch die „Frankfurter Zeitung“. Ich mußte mich nur verpflichten, die Rede nicht früher zu geben, als bis sie gehalten war.

Die Polemik Erzberger-Heffrich ging inzwischen weiter. Am 31. Juli v. J. sprach mich im Wandelgange in Weimar ein Herr an, dessen Namen ich nicht nenne, um das Redaktionsgeheimnis nicht zu verletzen. Er sagte mir, daß Heffrich Erzberger einen Vorwurf aus seiner Tätigkeit beim Lössen-Rongezern mache. Heffrich habe noch

ganz andere Transaktionen

vorgenommen, und der Herr fragte mich, ob ich ein diesbezügliches Manuskript veröffentlichen wolle. Es war mir bekannt, daß seinerzeit im Reichstage über die Abmoderation der auswärtigen Abteilung des Reichs-Kolonialamtes mit der afrikanischen Kammer viel gesprochen worden war. Das mir übergebene Manuskript war durchaus klar gehalten, und ich hatte kaum Bedenken, es zu veröffentlichen. Das Manuskript trug als Unterschrift den Namen „Koloniens“. — Vorf.: Die Unterschrift „Koloniens“ verleiht Sie, Herr Zeuge, also gewissermaßen zu der Annahme, daß es sich um einen Mann aus dem Kolonialamt handle? — Oberstaatsanwalt Krause: Sie haben das Manuskript wohl nicht mehr? — Zeuge: Ich habe das Manuskript nach habe die Unterschrift aber abgerissen, um nicht durch eine eventuelle Weitergabe des Redaktionsgeheimnis zu verurteilen. — Vorf.: Herr Erzberger hat Ihnen das Manuskript also nicht gegeben? — Zeuge: Ich gebe die Versicherung ab, daß Herr Erzberger nichts davon weiß. — Vorf.: Glauben Sie, daß der Redaktionschef des Manuskripts auch der Verfasser war? — Zeuge: Das glaube ich nicht. — Vorf.: Es wird behauptet, Minister Erzberger habe darum gewußt. — Zeuge: Das weiß ich natürlich nicht.

Es kommt im weiteren Verlauf der Vernehmung zu einem

Zusammenstoß zwischen Heffrich und Dombrowski

Aber die Tatsache, daß Dombrowski keine Äußerung im Tageblatt zurücknehmen wollte. — Heffrich: Ich könnte, wie man das 3. B. mit mir vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß gemacht hat, das Zeugnis-Schwangerschaftsverfahren gegen den Herrn Zeugen beantragen. Aber ich will darauf verzichten. Wollen Sie nähere Angaben über gewisse Persönlichkeiten machen? — Zeuge: Soweit dadurch das Redaktionsgeheimnis berührt wird, muß ich ablehnen. — Heffrich: Sie erhalten das Manuskript der Erzbergerischen Rede einen Tag bevor Herr Erzberger sprach. Erblicken Sie darin eine besondere Gefälligkeit dem „Berliner Tageblatt“ gegenüber? — Zeuge: Auf keinen Fall. — Heffrich: Ich möchte feststellen, ob das „Berliner Tageblatt“ oder einer seiner Verleger in engen Beziehungen zu Herrn Erzberger steht. — Dombrowski: Der Fall lag so. Durch den

Austritt der Demokraten aus der Regierung

war eine gewisse Spannung eingetreten. Der Pressescheff Herr Erzbergers versuchte, die Beziehungen auch zu den demokratischen Zeitungen aufrechtzuerhalten. Wir trafen uns in Weimar, und er sagte zu mir scherzhaft: Na, man sind wohl alle Beziehungen zwischen uns abgebrochen? — Ich antwortete: So schlimm wird es wohl nicht sein. Darauf sagte der Herr zu mir: Ich habe übrigens etwas für Sie und hat mir die Rede Erzbergers an.

Vorf.: Wer ist denn dieser Pressescheff? — Zeuge: Herr Dr. Driesen. — Heffrich: Also ein bekannter Presserepäsentant hat Ihnen damals das Manuskript zu Ihrer Notiz übergeben? — Zeuge: Ich protestierte energisch gegen eine solche Unterstellung. Auf diese Art und Weise den betreffenden Herrn feststellen zu wollen, wäre, für mich wenigstens, eine Verletzung des Redaktionsgeheimnisses. — Heffrich: Wären Sie mir nicht einmal das Manuskript zeigen? Herr Dombrowski zeigt Heffrich das Manuskript, ohne es jedoch aus der Hand zu geben. Heffrich: Also dieses Manuskript ist Ihnen, bis auf keine Änderungen aus der Hand des „großen Unbekannten“ zugegangen? Wollen Sie sich nicht über den „Koloniens“ äußern? — Zeuge: Nein. — Heffrich: v. Gordon. Herr Zeuge, ich will Sie hier unterstützen. Nennen Sie ruhig den Namen. Es ist der Herr Dr. Driesen gewesen. Sie brauchen das Redaktionsgeheimnis also nicht zu verletzen. — Vorf.: Ich glaube, wir brauchen uns hier nicht lauernd so um das Redaktionsgeheimnis zu bemühen. Haben Sie von der Person des Herrn Dr. Driesen nicht auf Herrn Minister Erzberger schließen müssen? — Heffrich: v. Gordon (zum Zeugen): Hat Dr. Driesen gesagt, daß das Manuskript ihm zugegangen sei? — Zeuge: Ja, er sagte wohl, es sei ihm zugegangen oder zugesandt worden. — Rechtsanwalt Hübner: War die Bemerkung des Herrn Dr. Driesen, daß Minister Erzberger von diesem Manuskript nichts wisse, vielleicht nicht so zu verstehen, daß Herr Erzberger offiziell nichts davon wußte oder wissen wollte? — Zeuge:

Die Frage ist spitzfindig. — Dr. Hübner: Ich meine eher, daß die Äußerung Dr. Driesens spitzfindig war. Sollten Sie es nicht für merkwürdig halten, daß Herr Dr. Driesen mit seinem Chef über dieses Manuskript nicht vorher gesprochen hätte? — Zeuge: Ich habe mit Herrn Dr. Driesen noch

eine Reihe anderer politischer Dinge

besprochen und weiß es nicht mehr. — Oberstaatsanwalt Krause: Haben Sie das Manuskript längere Zeit vor der Veröffentlichung erhalten? — Zeuge: Ich erhielt es morgens und gab es mittags nach Berlin weiter.

Als nächster Zeuge wird die auf Dr. Driesen, früher Pressescheff bei der Waffensillkammmission, vernommen. Er schildert, wie Geheimrat Hammer eines Morgens mit einem Brief zu ihm gekommen sei und ihm gesagt habe, er hätte das von Herrn A. erhalten. Er, der Zeuge, habe nur gesehen, daß die Anlage „Koloniens“ unterzeichnet gewesen sei und habe daher angenommen, daß Geheimrat Hammer diesen Artikel von Koloniens erhalten habe, den er als eine zuverlässige Persönlichkeit kannte. Er habe mit Geheimrat Hammer nur kurz darüber gesprochen. Mit Rücksicht auf die politische Lage und um einen

Gegenangriff gegen Heffrich

zu fähren, habe er das Material zum Redakteur Dombrowski gegeben, habe ihm aber gesagt, daß Erzberger davon nichts wisse. — Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß der Verfasser des Artikels in keiner Beziehung zu Erzberger stehe. Weiter schildert der Zeuge, daß er das Material mit Rücksicht Herrn Dombrowski gegeben habe, weil dieser schon seit einigen Monaten eine Polemik gegen Heffrich als Journalist geführt hätte. Er habe ihm aber andeuten gestellt, sich selbst über die Richtigkeit des Materials zu informieren, da er, der Zeuge, nicht wisse, ob es der Wahrheit entspreche.

Als nächster Zeuge wird Geheimrat Hammer vom Reichsfinanzministerium vernommen. Er sagt aus: Er habe in Weimar einen Brief aus Berlin erhalten, der an ihn persönlich adressiert gewesen sei und in dem die Mitteilung beigefügt war, die dann später im „Berliner Tageblatt“ erschienen sei. Er habe pflichtgemäß diese Anlage mit anderen Eingängen dem Minister vorgelegt. Dieser habe sie überflogen und zurückgegeben. Er habe

keinen Auftrag des Ministers

gehabt, sie an Dr. Driesen zu übermitteln. Der Minister habe auch keine Kenntnis davon gehabt, daß sie der Presse zugesandt würde. Da die Anlage keinen Vermerk des Ministers trug, so geht daraus hervor, daß Herr Erzberger kein Interesse dafür hatte.

Es kommt hierauf zu einer sehr erregten Auseinandersetzung zwischen Geheimrat Hammer und Erzberger Heffrich, indem der letztere diese Handlungsweise als Verhöhnung und Beleidigung, eine Beleidigung, die sich Geheimrat Hammer sehr entschieden verweigert. — Dr. Hübner: Es war ja der reine Kettenhandel mit anonymen Artikeln. — Auf Befragen Heffrichs erklärt Geheimrat Hammer weiter, daß die Zurückgabe ohne Zeichen bedeute, daß er, Zeuge, nach seinem Ermessen entscheiden könne. Erzberger habe nicht gesagt, daß der Artikel publiziert werden solle. — Dr. Hübner: Wer hat denn nun aber die absolut unrichtige Notiz in die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ senziert, in der gesagt wurde, daß Herr Erzberger weder von dem Material Kenntnis, noch Herrn Dombrowski direkt oder indirekt davon benachrichtigt habe? — Zeuge: Ich habe den Artikel in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ durch und bemerkt: Ich persönlich habe keine Ahnung davon. — Heffrich: Der Artikel ist am 22. Oktober in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erschienen. — Dr. Driesen: Der Artikel ist von mir, ich habe ihn nach meiner Auffassung von der Sachlage verfaßt, da ich die Angaben für wahr hielt. — Vorf.: Haben Sie sich denn darüber nicht informiert? — Zeuge Dr. Driesen: Ich glaube nicht, daß ich Herrn Erzberger gefragt habe. Ich habe das vollkommen selbstständig bearbeitet. — R.A. Dr. Hübner: Es ist also nun ziemlich erwiesen, wer den Artikel in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ losgelassen hat. — Dr. Driesen: Ich muß gegen das Wort „Loslassen“ protestieren. Dadurch beläugeln die Angelegenheit ein ganz anderes Gesicht. — Vorf.: Meine Herren, ich lehne keine Kritik ab. — Heffrich: Herr Erzberger war mit Ihren Diensten, Herr Dr. Driesen, also so zufrieden, daß er Sie zum Pressescheff wählte? — Dr. Driesen: Herr Minister Erzberger hat zu meiner Verurteilung auf diesen Posten nicht das geringste getan. — R.A. Dr. Hübner: Haben Sie Herrn Minister Erzberger ausdrücklich mitgeteilt, daß Sie das in Frage stehende Manuskriptblatt Herrn Dombrowski übergeben haben? — Zeuge: Wie ich schon aus sagte, habe ich dem Herrn Minister alles mitgeteilt. — Dr. Hübner: Herr Minister Erzberger etwas Auffälliges in Ihrem Verhalten gefunden? — Zeuge: Nein, und ich bedauere nur das ganze Mißverständnis, in das Herr Geheimrat Hammer und ich geraten sind. — R.A. Dr. Hübner: Aber Sie haben sich bei Ihren Nachforschungen doch wohl an das Kolonialamt gewendet? — Dr. Driesen: Nein, ich war der Ansicht, daß Herr Dombrowski doch nähere Informationen einziehen würde. — Dr. Hübner: Gewiß, aber Sie hätten das doch viel leichter haben können. — Vorf.: Meine Herren, das habe ich wohl. — Dr. Hübner: Wir haben damit nur klarlegen wollen, in welcher Art und Weise der Herr Minister und seine Beamten gearbeitet haben.

Die Verhandlung wurde, da alle Zeugen vernommen waren, um 11 1/2 Uhr geschlossen.

Am Montag wird der widergerichtete Reichsfinanzminister Erzberger noch einmal zum „Ball Paigodin“ vernommen werden.

Groß-Berlin

Der falsche Polizeihauptmann.

Das Wucherbureau eines Berliner Schwindlers.

Eine Angelegenheit, die in Essen spielt und eine gewisse Bekanntheit mit der Affäre des Hauptmanns von Köpenick aufweist, beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei.

In der Essener Gegend ließ sich vor kurzem ein Mann nieder, der noch in der Uniform eines Polizeihauptmanns, doch in zarter bürgerlicher Kleidung einherging. Er nannte sich Dr. jur. Reimann und erklärte, daß er Polizeihauptmann beim Reichswucherausschuß in Berlin sei. Zum Ausweis besah er auch eine Anzahl Postkarte, die mit seinem Bild und mit behördlichen Stempeln versehen waren. Der Herr Hauptmann war seinen Erzählungen nach gekommen, um an der Aufhebung von Schleich- und Heidenhandelsgeschäften mitzuwirken. Er richtete sich ein eigenes Bureau ein, in dem er mehrere „Hilfsbeamte“ beschäftigte. „Dr. Reimann“ trat sehr sicher und gewandt auf und verband es, alle Behörden und Anstalten, mit denen er in Verbindung kam, für sich einzunehmen und gründlich zu täuschen. Seine „Anstalten“ erstreckten sich auf Verschlagnahmen von Ackerbauwärtinnen und Geldern bei Leuten, die er des Schleich- und Heidenhandels miß oder ohne Grund beschuldigte. Schließlich bekam die richtige Polizei mit ihm zu tun und nahm ihn in Essen fest. Auch hier gegenüber nannte er sich immer noch Dr. Reimann und blieb dabei, daß er Polizeihauptmann und vom Reichswucherausschuß in Berlin entsandt sei. Es gelang aber bald, ihn als einen 28 Jahre alten aus Berlin gebürtigen Bureauassistenten Martin Lange genannt Reimann festzustellen. Der Verhaftete war bis Ende März vorigen Jahres bei einer Versicherungsgesellschaft in Berlin beschäftigt. Seit der Zeit war er heilloslos und lebte von Schleichgeschäften und Schwendelereien. Nach verschiedenen Schriftsätzen, die man bei ihm fand, hat er früher schon in Berlin und anderen Städten den Eisenbahnverkehrs-Kommissionen gespielt.

Keine Politik in den Elternversammlungen.

Das Kultusministerium teilt mit: Es werden Fälle berichtet, daß die Elternversammlungen, die zur Vorbereitung der Elternbeitragswahlen einberufen sind, zu politischen Erörterungen benutzt werden, und daß von Seiten der Schulleiter oder einzelner Eltern Kandidatenlisten in ihnen zum Vordruck gebracht werden. Das Ministerium macht darauf aufmerksam, daß beides durchaus unzulässig ist. Die von den Schulleitern einberufenen Elternversammlungen haben nur der Klärung über die Höhe der Beiträge und die Bestimmungen des Wahlverfahrens zu dienen. Insbesondere sind Viten, die in einer solchen Elternversammlung vorgebracht oder aufgestellt werden, von vorn herein unzulässig.

Auslandsbrief und Postkarte. Die Postgebühr für einen Brief soll von der Weltpostversammlung in Genf schon Anfang März von 25 auf 40 Rappen erhöht werden, die für Postkarten von 10 auf 20 Rappen. Es ist kaum zu zweifeln, daß diese Erhöhung zum Beschluß erhoben wird. Sogar der deutschen Postverwaltung wird es dann sein, die Gebühren in die Markennährung umzuwandeln. Länder mit einer notleidenden Valuta sind berechtigt, auch ohne Änderung der Weltpostföbere ihre Gebühr für Auslandsbesendungen zu erhöhen. Die deutsche Post hat besonders hierdurch einen Gebrauch gemacht, indem sie die Gebühr für Weltpostkarten auf 15 Pf., die für Briefe auf 30 Pf. erhöht hat. Die Gebühr für Auslandsbriefe wird nach diesem Verhältnis und der künftigen Erhöhung des Weltpostföbers 10 Pf. betragen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß der Satz noch höher wird, rechnet doch jetzt die Post schon bei den Gebühren, die sie den ausländischen Postverwaltungen erheben muß, den Franken zu 8 M. Nach dem jetzigen Verhältnis würde sich eine Weltpostkarte künftig auf 80 Pf. stellen, so viel, wie jetzt der Auslandsbrief kostet. Eine Erhöhung ist um so sicherer, als auch die inländischen Postgebühren wieder gesteigert werden sollen.

Gemeinsamer Tod eines Ehepaares. Krankheit und Sorge um die Zukunft haben den 68 Jahre alten Arbeiter Gustav Rante aus der Straßauer Allee 22 und seine Frau in den Tod getrieben. Die beiden Leute waren die ganze Zeit über krank und arbeitsunfähig und verzweifeln an der Zukunft. Der Mann suchte wiederholt, daß es für ihn und seine Frau keinen Zweck habe, weiterzuleben, und daß sie bald ein Ende machen würden. Als man sich gestern nach den Todeleuten umsah, fand man beide tot auf. Sie hatten sich mit Gas vergiftet. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Banden am Wästel. In der letzten Nacht wurde an einem der schönsten Schmuckplatzfiguren Wilhelmsdorf von Vahnenbänden ein Roberteil verübt. Am Wästelstückenmal auf dem Rottschburger Weg haben unbekannte Täter drei bronzene Gänge abgerollt und gestohlen. Von den Dieben fehlt leider noch jede Spur.

Wegen die Schließung der Gassenhäuser in Groß-Berlin, für die sofortige Wiedereröffnung dieses so wichtigen Hilfsmittels zur Erhaltung und Förderung der Volksgesundheit, veranstaltet der Kreis I des Arb.-Wasserversorgungsverbandes am Sonntag, den 8. Februar, vorm. 10 Uhr, in Kienig-Betschke, Gasenheide, eine Parteiversammlung.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Wittmann. Von Freitag, den 6. Februar, ab 100 Gramm Getreide und 150 Gramm Hülsenfrüchte auf 10 Pfennig als Preis für die schließenden Karosellen der Woche.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

18. Ust. 118, 119, 124, u. 125. Besief Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal von Frey, Reimer Straße 81. Das Erörtern sämtlicher Bezirksgeschäften und Genossen ist dringend erforderlich.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Der Reichsbund der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer, Kriegshinterbliebenen und Kriegsgefangenenabteilung veranstaltet Sonntag, den 8. Febr., vorm. 10 Uhr, in der Reuza-Hal, Halensbrücke, eine Versammlung für alle Kriegsdauer. Tagesordnung: Der Reichsbund der Kriegsdauer in Volk und Republik. — Verein für Gärtnerausbildung, Freitag, den 6. Februar, im Wilhelmshof, Anhalter 12: Vortrag des Verbandesdirektors Schlegel: Das Gel und Gärten des Anhalters, seine Sorgen und Hoffnungen. — Die „Freie Turnerschaft“ Friedrich von „begeht am Sonnabend, den 7. Februar, ihre 12. Jahrestagung in den Schrammischen des Lindenpark, Kienig-Betschke, Unter den Eichen. Die Turnstunden werden bis auf weiteres Sonntag von 8-10 in der Turnhalle des Reuzaums, Friedemann-Kommissionen, halt. — Bund der technischen Angehörigen und Frauen. Jahrestagungsversammlung der sämtlichen Industrie-Bezirke, den 6. 7 Uhr, im Rosenhauer Hof, Rosenhauer Str. 11/12.

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaftskommission und Lebenshaltung.

In der weiteren Debatte über die Ernährungsfrage wurde in der Sitzung der Gewerkschaftskommission von Bauer die Behauptung aufgestellt, daß Deutschland in der Lage sei, seine Bevölkerung ohne Einfuhr selbst auszureichen zu ernähren. Ein Beweis für die Ungründlichkeit dieser Behauptung ist ein „modernes“ Gewerkschaftsmitglied. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß infolge des Kohlenmangels viel Getreide nicht ausgedroschen werden könne. Es wurde dann eine Kommission von drei Mann (Bauer, Bredow, Ruch) gewählt, die beim Wirtschaftsminister mit den Berliner Gemeindebehörden gemeinschaftlich gegen die drohende Aufhebung der Zwangswirtschaft Schritte unternehmen soll. Von der Kommission wurde dringend gewünscht, daß Genosse Ruch sich ihr anschließen möge. Dann entspann sich eine Debatte über den früheren Beschluß, daß die Gewerkschaftskommission eine einheitliche Zulage von 25 M. für die Berliner Arbeiter erwirken solle. Es stellte sich heraus, daß nur 18 Gewerkschaften das notwendige Material eingekauft hätten. Ruch vertrat den Standpunkt, daß für die Zukunft die Gewerkschaften gemeinschaftlich weitere Lohn-erhöhungen zu fördern hätten, um denen, die aus eigener Kraft nicht mehr mitkommen, das Vertrauen der Mitglieder zu erhalten, und wies dabei auf den Streik der Schneider hin. Schumann erwiderte, daß die Metallarbeiter ja während des Krieges diesen Standpunkt nicht vertrieben hätten und daß durch ihre Bewegung die anderen Arbeiter gezwungen wären, nachzukommen. Durch immer weitere Lohnforderungen müßte man dazu beitragen, daß der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft beschleunigt wird. Ruch dagegen vertrat die Ansicht, daß nur durch niedrige Löhne der revolutionäre Geist der Arbeiter erhalten werden könne und bei solchen Lohnforderungen, wie sie die Schneider aufstellen, die Gefahr bestehe, daß dieser Teil der Arbeiterschaft sich alle Lebensmittel kaufen könne und dadurch zufriedener würde.

Neue Steuerzulagen im Buchdruckgewerbe.

Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker ist bekannt, daß mit Wirkung ab 1. Januar für jeden Buchdruckergehilfen und Hilfsarbeiter eine weitere wöchentliche Zulage von 5 M. für Unverheiratete und 10 M. für Verheiratete zu zahlen ist. Auf eine eventuell später vom Tarifamt noch zu be-

